

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 Mt. pro Woche, 7.50 Mt. pro Monat. Durch die Post 7.50 Mt. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. B. G., Breslau, Postfach Nr. 23 835. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 16. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mt., auswärts 0.90 Mt. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mt. Retikame: Die Millimeterzeile, 3 gespaltene oder deren Raum im Text 3.— Mt.

## Die deutsche Orgeesch-Republik.

### Die freigesprochenen Mörder der Hundertschaft z. b. B. spielen weiter Polizei. — Immer wieder Orgeeschwaffenfunde. — Der Raubmord der Kobachbanden.

Der Sozialdemokrat und Innenminister Severing hat zu wiederholten Malen versichert, daß er rücksichtslos gegen die Orgeesch vorgeht, er hat oft behauptet, daß die Orgeesch aufgelöst sei. Wie erfolgreich dieser Kampf gegen die bis an die Zähne bewaffnete Konterrevolution bisher war, und wie es in der Praxis damit aussieht, zeigt so recht deutlich die Auflösung der Berliner Hundertschaft z. b. B. (zu besonderen Verbrechen), deren Schandtaten durch den Nordprozeß Buchholz hinreichend aufgedeckt wurden. Wer nun glaubt, daß diese Mordbuben und Falschmünzer und Menschenjünger der Hundertschaft, den grünen Polizeitod endgültig ausziehen müssen, kennt die Methoden des Herrn Severing nicht, die Polizei zu einem Instrument der Republik zu machen und sie von allen zweifelhaften Elementen zu reinigen. Denn Herr Severing und Herr Polizeipräsident Richter, diese beiden Herren rechtssozialistischer Regierungsgewalt und Verwaltungskunst, haben nämlich angeordnet, daß die Mitglieder der Hundertschaft zur besonderen Verwendung auf die übrigen Berliner Polizeiateilungen und auf auswärtige Formationen verteilt werden. Zur Entlastung kommt keiner aus der edlen Hundertschaft. Das Nieder-schießen, Mißhandeln, Falschmünzen und Bespizeln usw. also von der in solchen Dingen besonders erfahrenen Mannschaft der Hundertschaft auch weiterhin innerhalb der preussischen Polizei geübt werden. Und Herr Severing wird mit besonderer Sorgfalt darüber wachen, daß nur ja keines dieser nützlichen Elemente aus der Polizei entfernt wird.

So steht auch die Auflösung der Orgeesch-Formationen und deren Entwaffnung aus. Wenn hier und da Waffenlager entdeckt werden, so hat Severing mit seiner „republikanischen“ Polizei sicher keinen Anteil daran. Es zeigt sich im Gegenteil eine starke Abneigung, solche Waffenlager auszuheben, denn sogar die Wegener Volkszeitung (SPD-Organ) meldete bei den Waffenfund in Löwenberg, daß es sich wiederholter Vorstellungen bei dem Breslauer Oberpräsidenten (der Sozialdemokrat Zimmer ist Oberpräsident) widerte, ehe man die Waffen beschlagnahmt. Und in diesem Lager fand man: 569 Gewehre, darunter 331 brauchbare, der Rest beschädigt; 2 Kisten Maschinengewehrteile, 1 Kiste Gewehrschlösser, Mündungsschoner und Reinigungstöcke, 41 Maschinengewehrunterteile, 3 Maschinengewehrgehäuse, 2 Kisten Infanteriemunition, 102 Seitengewehre, 61 leere Maschinengewehrgürtel.

Diese Waffenfunde reizen nicht ab, so wird uns mitgeteilt, daß durch die Unachtsamkeit unserer Genossen ein neues großes Waffenlager der Orgeesch entdeckt wurde. Im Walde von Dürr-Garthau, Kr. Rimplitz fand man in der Erde vergraben: 74 Kisten, die 3700 Eierhandgranaten enthielten und 949 Stück leichte Minen. Der Hüter des Waldes, ein Herr von Mohr, bekannt als stammer Orgeeschmann, ist plötzlich verstorben. Die „republikanischen“ Beamten werden ihm rechtzeitig Bescheid gegeben haben.

Auch aus andern Teilen des Reiches kommen fortwährend Meldungen über Waffenfunde, so wird aus Hamburg gemeldet: Auf dem ehemaligen Flugplatz Ranken bei Lübeck wurde ein großes Orgeeschwaffenlager entdeckt. Es fanden sich dort in der Erde vergraben 5 schwere und 3 leichte Maschinengewehre, 10 Reserverläufe, 21 Bombenmagazine, 1 großer Flugmotor. Die Eisen, die die Ausgrabungen besorgte, stellt weitere Ermittlungen an.

Die Orgeesch, die ist unter allen möglichen Namen verstreut, hat also durchaus nicht den Gedanken aufgegeben, durch Waffengewalt — so wie es Koste vorgezeigt hat — das Proletariat niederzuschlagen. Das ist keine Phrase, die sich verflucht muß mit der Tatsache rechnen, daß sie wehrlos den Orgeeschbanden gegenübersteht.

Ein wesentlicher Faktor der Konterrevolution ist auch der Selbstschuß, der heut noch so besteht wie im Sommer. Man hat ihn in Arbeitsgenossenschaften ungenutzt, die trotz des Verbotes weiterbestehen. So heißt die Arbeitsgenossenschaft Kobach in den Kreisen Rosenbergrub, Ransau jetzt „Landwirtschaftlicher Sparverein“. Die Waffenlager befinden sich immer in unmittelbarer Nähe, sind in den genannten Kreisen gegen 2000 Gewehre, 1000 K., über 5 Millionen Schuß Inf.-Munition und

mehrere Handgranaten untergebracht. Die Regierung hat den Selbstschuß großgezogen, sie hat ihm moralische und finanzielle Unterstützung gewährt und duldet heut noch das ungestörte und eifrige Arbeiten in den Zentralstellen Claissenstraße 6, Kaiser-Wilhelmstraße, Herdainsstraße (Automobilpark) usw.

Die Verbote des Severing werden nur erlassen, um den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, in der Praxis denken die Machthaber der Orgeesch-Republik Deutschlands garnicht daran, die Konterrevolution unschädlich zu machen. Auch der Kapp-Prozeß beweist dies. Sie sind den Orgeesch-Mordbanditen mit Haut und Haar verschrieben und bilden nur einen Wall, der das Proletariat abhalten soll, der Konterrevolution an die Gurgel zu springen.

### Die Arbeit der oberschlesischen Mordkommandos.

Schon oft haben wir darauf hingewiesen, daß bei dem oberschlesischen Selbstschuß gut organisierte Mordkommandos bestanden, die den ausschließlichen Zweck hatten, mißliebige Personen, ganz gleich ob Deutscher oder Pole, zu ermorden. Wir sind in der Lage, eine neue Mordtat der Kobachbanden aufzudecken. Es handelt sich um die Ermordung des Pfarrers Otto März in Mt. Kolenberg. Pfarrer März wurde im Juni 1921 von Angehörigen der 6. Kompanie Regiment Schlesien (Kobach) erschlagen. Bei dieser Gelegenheit ist die Wohnung des Pfarrers arg ausgeplündert worden. Außer verschiedenen Gegenständen sind die Taschenuhr mit Kette, sowie 62 000 Mark gestohlen worden.

Die Staatsanwaltschaft war weder in der Lage, den Fall aufzuklären, noch die Täter zu finden. Wir sind das gewohnt. Auch die Mörder Schottlaenders, Demmigs usw. wurden nicht gefunden.

Wir können nun den Vertretern der Klassenjustiz einige außerordentliche wichtige Fingerzeige geben. Nicht deshalb, weil wir uns davon versprechen, ein Vorgehen gegen die Orgeesch-Mordbanditen, sondern nur um der Arbeiterschaft ein drastisches Bild aus der deutschen Orgeeschrepublik vor Augen zu führen.

Die Arbeiterschaft ersieht daraus, daß nicht Regierungserlasse die Konterrevolution beseitigen, sondern daß die Arbeiterschaft im Kampf gegen diese Gesellschaft auf sich selbst angewiesen ist, daß erst das einmütige Vorgehen der Arbeiter, erst die politische Machtergreifung durch das Proletariat, diesen Bestien in Menschengestalt das Handwerk legen wird.

Eines Tages ließ der Leutnant Hoffmann, der sich augenblicklich auf Schloß Gnichwitz bei Ganth aufhält, das Mordkommando antreten. Durch Äußerungen eines Selbstschußmannes hatte der Einwohner August Eck in Grünwitz von der geplanten Ermordung des Pfarrers Kenntnis erhalten. Seine Vorstellungen, doch dem alten Pfarrer nichts zu tun, schied der Leutnant Hoffmann mit den Worten ab: „Gehen Sie weg, sonst werden wir Sie auch filmen.“ (Fachsdruck des Selbstschußes für ermorden.)

Der Feldwebel Walter Gause (der schon beim Landarbeiterstreik in Kottbus einige Arbeiter erschlagen hat) nahm sich einige Selbstschußler mit, verschleppte den alten Pfarrer und beförderte ihn ins Jenseits, wie er sich selber ausdrückte. Nach dieser Tat ging man in der Schreibstube an die Teilung der Beute. Den Hauptanteil des Geldes soll der Lt. Hoffmann für sich beansprucht haben, die Taschenuhr des bekannten Lt. Michael, wohnhaft Breslau, Reudorsstr. 99, soll viel Ähnlichkeit mit der „konfiszierten“ Uhr des erschlagenen Pfarrers März haben. Der Feldwebel Walter Gause ist z. B. beschäftigt in der Zuderfabrik Buschkowa bei Bobten.

Die Tatsachen sprechen so für sich, daß sich ein Kommentar erübrigt.

## Ausnahmegeetze gegen die Kommunisten in Polen.

Von L. Georges (Warschau).  
In ihrer blinden Wut gegen jede Arbeiterbewegung, in der Furcht vor der kommunistischen Gefahr, will die polnische Bourgeoisie, dem Beispiele Jugoslawiens folgend, die wachsende Unzufriedenheit der Arbeitermassen mit Zuchthaus- und Todesstrafe ersticken. Ausnahmegeetze, Feldgerichte, Todesstrafe sind die üblichen Mittel, die der polnische Sejm (Parlament) seit dem ersten Tage seiner Herrschaft mit Vorliebe gegen alle sozialen Uebel angewandt hat. Die Verfolgung jeder revolutionären Arbeiterbewegung, jeder Sympathieumgebung für Sowjetrußland, dauert ununterbrochen seit dem 11. November 1918 fort. Schon im Dezember jenes Jahres, während der „sozialistischen“ Moraczewski-Regierung, werden Arbeiterdemonstrationen durch Salben zerstreut und die ersten Arbeiteropfer fallen in den Straßen der Hauptstadt. Von der „sozialistischen“ Regierung wurde denn auch der erste Ausnahmezustand gegen die Arbeiterklasse verhängt. Diese Regierung trägt auch die volle Schuld an der Ermordung der russischen Rote-Kreuz-Delegation und bedeckte so Polen mit ewiger Schande. Von Anfang an sind alle Gefängnisse Polens mit politischen Häftlingen überfüllt. Das zaristische Strafgesetzbuch sowie die veraltete österreichische Gesetzgebung werden mit aller Schärfe gegen kommunistische Arbeiter angewendet. Hunderte unserer Genossen, denen langjährige Zuchthausstrafen zufließen, schmachten seit 1919 in den alten russischen Festungen und Gefängnissen und keine Amnestie konnte ihnen die Freiheit wiedergeben. Fast jeden Tag liest man in der bürgerlichen Presse von neuen Verhaftungen und Prozessen. Immer wieder jubelt die sozialpatriotische Presse, daß die Arbeiter die „kommunistischen Söldlinge“ losgeworden seien. Unlängst wurden in Ostgalizien an 80 Personen verhaftet, die unter dem Verdacht stehen, die Spitzen der kommunistischen Organisation Ostgaliziens zu sein. Fast gleichzeitig fanden in Krakau und Lodz kommunistische Riesenprozesse statt, in denen die Angeklagten der Teilnahme an der KP. und der Verbreitung von kommunistischen Schriften beschuldigt wurden. Noch sind die angekündigten Ausnahmegeetze nicht in Kraft getreten, aber schon sprechen die gefällten Urteile jedem Begriff von Gerechtigkeit Hohn. Auf Grund von Aussagen eines Zeugen, der unter dem Druck der Polizei ein belastendes Zeugnis abgab, während der Gerichtsverhandlung aber jede Bekanntschaft mit den Angeklagten leugnete, wurden in Lodz am 3. Dezember sechzehn Arbeiter zu Zuchthausstrafen von 4 bis 8 Jahren verurteilt. In Krakau wurden am 2. Dezember drei Arbeiterfrauen zu Zuchthausstrafen von 1 und 2 Jahren, zwei Arbeiter zu Zuchthausstrafen von 8 und 9 Jahren verurteilt. Und das alles nur für die Verteilung von illegalen kommunistischen Schriften.

Das genügt aber der blutdürstigen polnischen Bourgeoisie nicht! Die Todesstrafe für die Kommunisten soll erst das geeignete Mittel sein, um die revolutionäre Partei zu erdrücken. Seit Wochen führte die bürgerliche Presse eine tolle Heze für die Schaffung eines Ausnahmegeetzes gegen die Kommunisten. „Der Kommunist ist tausendmal gefährlicher und schlimmer als ein Räuber und Dieb, als ein Mörder und Plünderer, wenn wir diese zu Tode verurteilen, desto weniger können wir schwanken, dieselben Mittel gegen die Kommunisten anzuwenden. Die Kommunisten müssen als die schlimmsten Verbrecher der ganzen Welt betrachtet werden, die durch Mord und Raub die christliche Kultur vernichten und die Herrschaft des Satans begründen wollen. Es gibt keine genügend scharfe Mittel, um mit der immer stärkeren kommunistischen Propaganda zu kämpfen.“

So schreibt das Organ der Nationalen Demokratie, die „Gazeta Poranna“, vom 28. Oktober. Die Sozialpatrioten von der PPS. schließen sich dieser Heze an. In dem Manifest ihres Zentralkomitees schreiben sie: „Die Kommunisten ... führen die polnische Arbeiterklasse von Schande zu Schande, von Niederlage zu Niederlage... Arbeiter! Die ganze Tätigkeit der kommunistischen Partei ist nichts mehr als ein Verbrechen Euch gegenüber... Wie ein Dieb schleicht sich der kommunistische Agitator in die Seele des Arbeiters.“

Jetzt trägt diese vereinigete Heze ihre Früchte und es ist nichts mehr als eine Komödie, wenn die sozialistischen Führer heute gegen die Ausnahmegeetze auftreten, die

sie doch durch ihre ganze Tätigkeit den Grund für eine Ausnahmegegesetzgebung vorbereitet haben. Es sind doch „liberale“ Minister, mit denen die PPS immer geliebte hat, die heute die Ausnahmegegesetz vorlegen und verteidigen. Kaum sind es zwei Wochen her, daß der liberale Minister des Innern, Downarowicz, eine anti-kommunistische Vorlage im Sejm einbrachte, und schon beillt sich der zweite „liberale“ Minister, der Justizminister Sobolewski, eine Vorlage einzubringen, die die Todesstrafe gegen die Kommunisten in Anwendung bringen will. Trotz des mutigen Auftretens des kommunistischen Abgeordneten Languzki, der in seiner Rede im Sejm, trotz aller Verfolgungen, den unermüdblichen Kampf der Arbeiterklasse Polens um die Räterepublik ansagte, wurden die beiden Vorlagen in der ersten Lesung mit überwältigender Mehrheit angenommen und der Justizkommission überwiesen. Jetzt erst beginnen sich die radikalen Vertreter der Bauernparteien und die PPS darauf zu besinnen, daß die vorgelegten Ausnahmegegesetz auch für sie gefährlich werden könnten. Es versicherte sie zwar der Innenminister, daß die Gewalt nur gegen Kommunisten angewendet wird, es sei aber gefährlich, der Polizei freie Hand zu geben zur Bekämpfung der „Revolution“. Was die Vorlage des Justizministers angeht, so wird sie kaum auf Widerstand stoßen; sie beschränkt sich ja ganz deutlich auf die Bekämpfung der Kommunisten und brüht das auch klar aus:

„Wer Ansichten verbreitet, die zur Errichtung eines Räteystems führen, wird mit zwei bis zehn Jahren Zuchthaus bestraft.“

„Wer an Gewalttätigkeiten teilnimmt in der Absicht, die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen und ein, auf Klassenherrschaft (!) beruhendes System zu errichten, wird mit dem Tode bestraft.“

In weiteren Paragraphen wird die kommunistische Propaganda und die Teilnahme an Arbeiterdemonstrationen mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft, so daß der zaristische Strafkodez in seiner Härte weit übertroffen wird.

Das Ausnahmegesetz des Innenministers Downarowicz ist dagegen so unklar verfaßt, daß es sich von der regierenden Partei gegen jede Opposition anwenden lassen wird; es gibt nämlich der Polizei das Recht, jeden „verdächtigen“ Bürger zu verhaften, monatelang im Gefängnis zu halten, aus seinem Wohnort auszuweisen und ihn an der Ausübung seiner bürgerlichen Rechte zu hindern. Als Muster diente dem Innenminister der russische Ausnahmezustand aus den Jahren 1905 bis 1906. Trotz aller Bedenken, die heute schon laut werden, wird der Herr Downarowicz auch für seine Vorlage eine sichere Mehrheit im Sejm finden. Es harren unsrer schwere Tage und schwere Kämpfe. Die Verfolgungen, die sich gegen die gesamte Arbeiterklasse richten werden, müssen sie desto schneller zu einem revolutionären Vortrupp vereinen. Auf der Seite der Barrikade die revolutionäre Arbeiterklasse mit der PPS an der Spitze, auf der andern Seite die Bourgeoisie mit ihren Ideologen aus der PPS.

### Politische Übersicht.

#### Das Viermächte-Abkommen. Ein japanisch-amerikanisches Sonderabkommen über die Japanfrage.

Aus Washington wird gemeldet: Dviani wird heute das Viermächteabkommen unterzeichnen. Obwohl er nicht glaubt, daß die Schiffsraumfrage für Frankreich auf der gegenwärtigen Konferenz gelöst werden wird, läßt er den Admiral Le Bon zur Vertretung der französischen Interessen zurück, um diese zu verteidigen, falls es nötig wäre. Wortführer der französischen Abordnung wird nunmehr der Kolonialminister Sarraut. Staatssekretär Hughes konnte gestern in der Sitzung der zweiten Kommission folgende wichtige Mitteilung machen: Obwohl es sich um eine Frage handelt, die beinahe

vor dem Zusammentritt der Konferenz gelöst war, bin ich glücklich, daß ein endgültiges Abkommen in der Frage der Insel Jap und der Mandatinseln nördlich vom Äquator getroffen wurde zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Dieses Abkommen wird demnächst von den beiden Regierungen unterzeichnet werden.

Ueber das Abkommen selbst erfährt man, daß die Vereinigten Staaten sowie alle anderen Völker freien Zutritt zu den Kabelenden haben werden. Die Vereinigten Staaten werden wie Japan das Recht haben, dort Funkstationen zu errichten, die amerikanischen Bürger werden sich dort aufhalten können und bewegliches oder unbewegliches Eigentum besitzen dürfen, ohne daß irgendeine besondere Erlaubnis zur Ausübung dieser Rechte erforderlich wäre. Keine Kontrolle oder Steuer wird für das Betreten der Insel Jap bestehen. Japan stellt den Vereinigten Staaten seinen Einfluß zur Verfügung, damit die notwendigen Plätze für die Kabelstationen erworben werden können, wenn dies die Vereinigten Staaten nicht durch andere Mittel zu erlangen vermögen. Die Vereinigten Staaten geben ihre Zustimmung dazu, daß die Japaner die einzige früher deutsche Insel nördlich des Äquators verwalten dürfen unter der Bedingung, daß die Sklaven- und Zwangsarbeit dort aufgehoben wird, und daß Waffen- und Alkoholhandel einer Kontrolle unterworfen sind.

Die japanische Abordnung teilte gestern mit, daß sie geneigt wäre, die japanischen Postämter in China am 1. Januar 1923 aufzuheben.

### Um 376,68 Mark pro Monat

haben sich die Lebenshaltungskosten nach dem Amtlichen Anzeiger Nr. 238 vom 6. Dezember 1921 für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie vom Monat Oktober bis November 1921 erhöht

Um wieviel wurden während dieser Zeit die Löhne, Gehälter und Unterfügungen erhöht?

### Nach Nathenaus Heimkehr.

„Deutschland bietet gegenwärtig das außergewöhnliche Bild des wachsenden privaten Wohlstandes, während gleichzeitig der Staat beinahe bankrott ist. Und doch ist es der Staat, an dem wir uns wegen Bezahlung der Reparationen zu halten haben. Der Druck und die Kontrolle, welche die Entente über den deutschen Staat ausübt, kann am Ende auch die deutschen Privatlente zwingen, ihrer Regierung zu Hilfe zu kommen. Inzwischen sieht es aber so aus, als ob sie die verzweifelte Lage des Staates als einen Grund ausnützen möchten, wegen dessen die Entente sie nicht in eine solche Notlage bringen soll. In diesem Land (England) scheint eine gewisse Neigung zu herrschen, den Beweggründen der deutschen Großindustrie zu glauben. In Frankreich besteht aber die Tendenz, ein Kontrollsystem über die Finanzen der deutschen Regierung aufzurichten, das jede Verschwendung in den Staatsausgaben verhindert und eine gerechte Besteuerung der Hilfsquellen Deutschlands ermöglicht.“

Diese Sätze der „Times“ fassen den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage zusammen. Im Ausland weiß man sehr gut, wie kapitalträchtig die deutsche Bourgeoisie ist, und man meint, daß sie schon in der Lage ist, die Entente zu befriedigen. Aber wie die Dinge liegen, kann man sich nur an den deutschen Staat halten und man kann den deutschen Staat nur zwingen, die Steuererträge schärfer anzuziehen. Und, was die „Times“ nicht sagt, diese verschärfte Besteuerung trifft wesentlich nur die ärmere, arbeitende Bevölkerung Deutschlands, sie trifft nicht jene kleine Kapitalistenschicht, welche die Entente eigentlich fassen möchte. Korollarium oder nicht, englische Anleihe für Deutschland oder nicht, das sind die viel erörterten Fragen des Augenblicks. Beide Fragen sind noch nicht beantwortet. Auch Herr Nathenan hat die Antwort nicht nach Berlin mitgebracht, trotz all der Wichtigkeit, mit der interessenreiche Kreise ihn umgeben. Die Entscheidung über die weitere Behandlung der Reparationsfrage wird erst in sehr verwickelten englisch-französischen Besprechungen fallen, die noch bevorstehen. Zunächst war Minister Loucheur in London, hat

sich dort mit Lloyd George unterhalten und nebenbei auch Herrn Nathenan gesprochen. Vom 16. bis 19. Dezember wird Verand, einer Einladung des englischen Ministerpräsidenten folgend, auf dem Landschloß Lloyd Georges in Chequer's weilen. Welche Entschlüsse dort und bei den sich anschließenden Konferenzen gefaßt werden, läßt sich noch nicht sagen. Aber eins ist schon jetzt ganz klar: Aus dem Stimmesplan der englisch-deutschen Verständigung gegen Frankreich wird nichts. England ist mehr denn je entschlossen, eng verbunden mit Frankreich auch die deutsche Frage zu behandeln. Dazu trägt auch die Entwicklung der Washingtoner Konferenz bei, die ja England und Frankreich zusammen zum Schiedsrichter in den kommenden Streitigkeiten zwischen Amerika und Japan gemacht hat. England braucht die Franzosen für diese weltpolitischen Auseinandersetzungen und kann sich mit ihnen nicht wegen Deutschland entzweien.

Die kommenden englisch-französischen Beschlüsse, ganz gleich, welche finanztechnischen Formen sie haben werden, können unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschland keine Erleichterung bringen, sondern die verschärfte Ententekontrolle wird den deutschen Kapitalisten den Anlaß bieten, die Massen noch viel gemeiner auszupressen, solange, bis das deutsche Proletariat sich aufrafft und durch Erfassung der kapitalistischen Werte das allein leistet, was die Entente angeblich leisten will, aber doch niemals leisten wird.

### Neue Lügen über Sowjet-Rußland.

Ein gewisser Teil der Londoner Presse, ganz besonders der „Daily Express“, das Organ des berüchtigten Großkapitalisten Lord Beaverbrook, bemüht sich, die Fiktion für Sowjet-Rußland zu sabotieren. So behauptete kürzlich der „Daily Express“, daß die amerikanischen Lebensmittel nicht an die Hungernden des Wolgagebietes, sondern an die Rotgardisten und organisierten Kommunisten von Petersburg und Moskau gegeben werden. Daraufhin hat der „Daily Herald“ sich an den europäischen Direktor des amerikanischen Hilfswerks Brown gewandt, der erst vor wenigen Tagen aus Moskau nach London zurückgekehrt ist. Er sagte: „Was unsere Lebensmittelforderungen betrifft, so ist die Behauptung des „Daily Express“ völlig un wahr. Ich weiß ganz positiv, daß unsere Sendungen unberührt von Riga nach Moskau gehen, daß sie ohne Verlust in Moskau ausgeladen werden und dann nach einem Duzend Stellen des Wolgagebietes weitergeschickt werden. Wir ernähren dort jetzt 750 000 Kinder im Tag und wir werden in der Mitte des nächsten Monats 1 200 000 Kinder ernähren.“

### Wirtschaftliche Übersicht.

#### Deutsche Kartoffeln nach England verschoben.

Aus englischen Blättern ist folgendes zu entnehmen: In einer Sitzung der englischen Landwirtschaftskammer klagte Lord Wledisles über die große Einfuhr von deutscher Kartoffeln.

Das sind die patriotischen Junker! Diese Marktauger machen sich durchaus kein Gewissen daraus, die Arbeiter ihres sogenannten Vaterlandes verhungern zu lassen, um auf Grund der Valutaverhältnisse an dem Kartoffeltransport wahnsinnige Gewinne einzustreuen. Die Arbeiter sollen für Marktlöhne arbeiten aber für ihre Bedarfsartikel Dollarpreise bezahlen, so will es das Profitinteresse der Patrioten.

### 161 1/2 Milliarden Mark Defizit.

Der Gesamtabschluss einer vom Reichsfinanzminister aufgestellten Uebersicht über den Reichshaushalt für 1921, die jetzt dem Reichstag überhandt wurde, ergibt ein Defizit von 161 1/2 Milliarden Mark.

### Schlesische Rundschau.

#### Berhöhung der Arbeitslosen in einer SPD- Versammlung.

In der Nr. 225 vom 11. Dezember berichtet die „Haynauer Volkszeitung“ von der Mitgliederversammlung der SPD, welche am 9. Dezember in Haynau stattfand. Wir berichteten bereits davon, müssen aber nochmals darauf zurückkommen. In dieser Versammlung haben die hiesigen SPD-Stadtwörter von ihrer glorreichen Tätigkeit im Stadtparlament berichtet. Die Elite der SPD war versammelt, das heißt, die verböhresten aller SPD-Schälchen gaben sich ein Stelldichein. So konnte es denn kommen, daß dieser Tätigkeitsbericht ziemlich kritiklos hin-

# WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.  
AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT  
LEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

30.) (Nachdruck verboten.)  
„Was dies anbetrifft“ — sprach er leise, heiter zu Gemut — „Sie verabschiedete sich von ihrem Mann .... Ich weiß es!“  
Gemeinlich hörte ihm nicht einmal zu. Er hielt den Raden fest, und aus seinem Gesicht traten die um sich haarenden Grimassen des völlig bejammerten Menschen.  
Abwärts hörte man Hardegas Stimme:  
„Gib's in das verdammte Netz noch andere Juden?“  
„Den Netz“, — antwortete Marzibazy.  
„Nicht wahr, er hat konspiriert!“  
„Ja ...“  
„Sie halten alle zusammen! Hunde! Aufschreiben, Borzay!“  
„Schon gesehen.“  
„Tollste Seele trat ein.“  
„Wer war noch in dem Dreier?“  
Marzibazy schweig.  
„Ach ja“, — sprach er nach einer kleinen Pause. „Der Puffschmid Bagy. Lejos Bagy.“  
„Was war der?“  
„Politischer Demonstrant.“  
„Ja ja — kannte der Graf abermals persönlich.“  
„Hüben, das können sie. Schreiben Borzay: Leopold Berger ... muß gefaßt werden!“  
„Der hat sich niemals Berger! Janner Sagit!“  
„Wichtig?“  
„Ja! Wer ein Bauer.“

„Der Schuß! Ein Bauer! Freilich: ein Schmied, also ein Volkswirt! Schreib, Borzay!“  
„Schon gesehen.“  
„Was gab's noch da?“  
„Niemand sonst“ — antwortete Marzibazy.  
Der Graf blinzelte dreimal in die Hände.  
„Ein bis an die Zähne bewaffneter, fahrlässiger Soldat trat ein.“  
„Wachtmeister Derbö!“ Irschl der Graf.  
Der Soldat macht lehr, und langsam erschien der Wachtmeister. Ein hämmiger, untersehter Mann, mit stehenden Augen, Gendarmenstyp. Er schmeckte frumm. Der Graf blinzelte ihm starr in die Augen.  
„Gib's welche?“  
„Jawohl.“  
„Wacht?“  
„Drei Stück.“  
„Der Dritte?“  
„Jäger beim Straßberger. Aus Halmi. Entlohen, nachts hergekommen.“  
„Lebt er?“  
„Jawohl.“  
„Die anderen zwei?“  
„Jeden. Abel und Netz. Aus dem Koffel.“  
„Bedenken sich?“  
„Im Gemeindefhaus.“  
„Gesehen?“  
„Jawohl.“  
„Was?“  
„Was der gnädige Herr Wachtmeister befehlen!“  
„Zeit eufstern!“  
„Drifshandert Schritt.“  
Hardegas erhebt sich.  
„König Sabel! Wir gehen!“  
„Von der Tür aus kannte er auf die Kleidung zurück.“  
Marzibazy's großer Körper wackelte aufschaukelnd auf einem

Sessel, sein Gesicht klar te mit beoffener Böhheit.  
„Uebriens.“ — sprach Hardegas — „ich bitte bloß die Herren Offiziere!“  
Er grüßte kurz; sie entsetzten sich.  
Draußen war es noch immer pechschwarz, in allen Richtungen wieselten heulend die Hunde. Born strekten die Dromonzen, mit Laternen.  
Den Wirtschaftsgebäuden gegenüber, auf der anderen Seite der Landstraße, zog sich das Dorf hin. Eine einzige Häuserreihe. Höchstens zwanzig, fünf- und zwanzig Gebäude. Das Gemeindefhaus war ein kleines dreizimmeriges Anwesen, mit einigen Tischen, Stühlen, Bänken. Nun war hier das Detachement einquartiert. In den Türen standen Wachtmeister.  
„Sie befinden sich im Arrest“ meldete der Wachtmeister.  
„In der dritten Stube.“  
Hardegas strebte mit seiner Begleitung durch das erste Zimmer. Der Wachtmeister eilte vor, die Schlüssel in der Hand. Er schloß die Tür auf. Eine Dromonanz schritt mit einer Laterne voraus. Die Offiziere konnten sich kaum durch die Türe zwängen.  
An der gegenüberliegenden Wand tummelten drei Gestalten. Auf ihren verzerrten Zügen lag bleierne Blässe. Das jähe Licht ließ ihre Augen blinzeln. Ihre Hände waren verfestelt. Ihre Gewänder zerfetzt, fettig und blutige. Auf ihren Gesichtern die Spuren von Schlägen, Blut und Schweiß. Abel stand in der Mitte, wurde durch seine elegante Kleidung verraten. Der Ragen war ihm herabgerissen, sein schütteres Haar hing ihm zerzaust in die Stirne. An den Armen war seine Hose zerfetzt. Neben ihm wackelte Netz so klein an, wie ein zusammengeknurrtes Kind. Sein Port röhnte sich an großen Stellen mit Blut. Der dritte Mann war eine einzige Rotzucht, auf seiner Stirne glänzte kalter Schweiß, er hatte am ganzen Leib wie ein verrottendes Tier, tummelte vor tödlicher Erschöpfung.  
(Fortsetzung folgt.)

# Gute Zeiten für Proletariemörder.

## Ein Leutnant und Staatsanwaltschaftsobersekretär schießt einen Soldaten über den Haufen und wird — freigesprochen!

Am Dienstag stand der Staatsanwaltschaftsobersekretär Kurt Simniot aus Breslau wegen Totschlags vor den Geschworenen. Der Verhandlung lagen Vorgänge zugrunde, die sich während des Krieges auf dem westlichen Kriegsschauplatz abgespielt haben.

Am Nachmittag des 10. März 1918 fuhr der Leutnant Simniot, der jetzige Angeklagte, in Begleitung eines Offiziers in einem Kraftfahrzeuge von Soultzior durch Gaspres, um auf den Artillerie-Schießplatz zu gelangen, wobei er den Kraftwagen selbst lenkte. Gaspres war mit Truppen vieler Gattungen belegt, insbesondere auch mit der ersten Batterie des Fußartillerieregiments Nr. 13. Als der Wagen kurz vor den Ortseingang gelangte, wo der Weg eine kleine Biegung machte, kehrte gerade der Fahrer H a r r e r der vorgenannten Batterie mit zwei Pferden von der Weide zurück. Ein Pferd führte Harrer an der Halfter, das andere lief hinterdrein. Als das Auto des Angeklagten heran kam, stand ein Pferd quer über die Straße. Leutnant Simniot regte sich darüber auf und rebete den Fahrer barsch an, worauf dieser ihm ebenso schroff Antwort gab.

Simniot hielt den Wagen an und ließ dem Harrer nach, der inzwischen mit seinen Pferden weitergegangen war. Er packte ihn sofort brutal von hinten im Genick, worauf Harrer in der Gegenwehr dem Leutnant einen Schlag ins Gesicht versetzte, daß er sein — Monokel verlor. Als Harrer die Hände in die Hosentaschen steckte, glaubte der Leutnant, so behauptete er wenigstens in der Verhandlung, daß der Soldat einen Revolver ziehen wolle (!). Obgleich, wie dieser brutale Monokelfrise selbst feststellen mußte, Harrer bereits sich entfernte, ließ Simniot mit dem Revolver dem Soldaten nach, brüllte „halt — halt“ und schoß dann einfach den völlig wehrlosen Mann von der Seite eine Kugel in den Leib.

Dieser Staatsanwaltschaftsobersekretär behauptete trotzdem — was haben doch die Juristen ein feines Gefühl für Recht und Wahrheit —, daß er nur in „äußerster Not“ (!) geschossen habe.

Sein Verteidiger plaidierte für „nicht schuldig“. Der Angeklagte sei Offizier mit Leib und Seele gewesen, er habe die geladerte Disziplin um sich herum gesehen, und dies habe ihn schwer gekränkt. Auch habe er geglaubt, einem Befehl der Obersten Heeresleitung nach-

kommen zu müssen, der besagte, daß die Disziplin unter allen Umständen mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden müsse. Der Angeklagte habe geglaubt im Recht zu sein, als Offizier konnte er nicht anders handeln.

Und siehe da: Der Angeklagte wurde freigesprochen, weil die Geschworenen sämtliche Schuldfragen verneint hatten. Die Kosten wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Ist es schon bezeichnend für unsere herrliche deutsche Klassenjustiz in der demokratischen Ebert-Republik, daß überhaupt erst nach drei Jahren die Mordtat zur Verhandlung kam, so steht der Freispruch der Sure Justitia die Krone der Schamlosigkeit auf.

Ein Proletarier ist schlankweg von einem feinen Monokelhelden, der nach wie vor über Proletarier dazu noch „Recht“ sprechen wird, über den Haufen geknallt worden. Die Bourgeoisie attestiert ihm mit einem Zynismus sondergleichen, daß er unschuldig gewesen sei — im Namen seiner Offizierslehre. Daß dieser Blutmenschen, der durch seinen Schneid, wie er den „Perl“ erschossen, sich besonders als prädestiniert erwiesen hat, als deutscher Richter zu fungieren, mit der „reinen Weste“ aus dem Gerichtssaal ging, daß die gesamte bürgerliche Pressekanaille nicht ein Wort des Protestes gegen das Justizverbrechen hat, das beleuchtet wieder einmal blicklichtartig die ganze Ungeheuerlichkeit der Klassenjustiz.

Kein Arbeiter darf vergessen, daß zu gleicher Zeit Tausende von ehrlichen Revolutionären die Zuchthäuser bevölkern, daß beispielsweise unsere Genossin Krüger im Zuchthaus Sagan sechs lange Jahre sitzen soll, weil sie „Rote Schwester“, Samariterin, während der Märzkämpfe gewesen ist.

Kein Arbeiter darf aber auch vergessen, daß die SPD. immer noch die Amnestie für kommunistische Arbeiter hintertreibt, obgleich zu gleicher Zeit die Herrn Bourgeois Proletarier ungestraft morden dürfen.

Wer in der SPD. sich auch nur einen Funken von Klassenbewußtsein noch bewahrt hat, sollte wissen, wo nunmehr sein Platz ist; sollte mit uns den Ruf erheben:

Heraus mit den politischen Gefangenen der Arbeiterklasse!

genommen wurde, wenigstens ist keiner jener Stadtväter einem Kritiker an die Gurgel gesprungen, wie das bei einer andern Gelegenheit doch schon dagewesen ist. Der Tätigkeitsbericht ist gegeben und die braven SPD.-Stadtväter können nun im Stadtparlament wieder lustig drauflos so glorreiche Kommunalpolitik treiben, wie das bisher geschehen ist. Sie können weiter die Gaspreise ins Unermessliche erhöhen, ohne nur einmal darüber nachzudenken, ob auf diesem Gebiet nicht auch ein anderer Weg möglich wäre, sie können weiter Brennholzpreise festsetzen, so daß es den Armen fast unmöglich wird, sich aus dem Stadtforst Holz zu kaufen.

Daß dann unter Punkt Verchiedenes vom Vorsitzenden ein Schreiben verlesen wurde, nach welchem kein SPD.-Mitglied mehr in gegnerische Versammlungen gehen soll, ist sehr verständlich. In den Versammlungen der Rechtsparteien würde ihnen nämlich schmerzhaft gesagt werden können: Aber, liebe Freunde, was wollt Ihr denn, wir verkaufen doch gemeinschaftlich das dumme Volk. Und in den Versammlungen der Kommunisten? Ja, da könnten die braven SPD.-Lämmer störrisch gemacht werden und die Leithammel bekämen dann Unordnung in ihre Herde.

Also diese Stellungnahme ist voll und ganz zu begrüßen. Nachher wurde ein Schreiben verlesen von den +++ Kommunisten. Einfach unerhört, daß es diese bösen Menschen wagen, die brave SPD. aus ihrem Schlummer aufzuwecken. In dem Brief wurde die SPD. zu einer Sitzung eingeladen, in welcher ein gemeinsames Vorgehen gegen das Elend der Arbeitslosen besprochen werden sollte. Und was war die Antwort dieser SPD.-Elite? Nach der „Sagener Volkszeitung“ schallendes Gelächter. Also, heilslose, hört Ihr: Schallendes Gelächter hat man Eure Not. Während die SPD.-Stadtväter Geld für haben, dem ollen ehrlichen Oberforstmeister Geld zum Hofe fahren zu bewilligen, während man genügend ab hat, die neue Bürgermeisterwohnung aus allerfeinsten zurichten, hat man für Eure Not schallendes Gelächter. heilslose, denkt bei Gelegenheit daran. Daß man bei jeder Gelegenheit die verhassten Kommunisten im allgemeinen und den verdammten Sekretär im besonderen etwas verleumdend sucht, ist ja am Rande selbstverständlich. Der Kommunistensekretär hat erst den Streit der Landweiler in Göllschau für Blödsinn erklärt und dann hat gesagt, als der Streit vom Verbannde abgeblasen war, Landarbeiter sollen weiterstreiken. Gestatten Sie uns, ehrte Freunde, zu sagen, daß die Verbreiter dieser Nacht ehrloses Verleumdungsgesindel sind. Genau so wie schon verleumdend sie lustig drauflos, getreu dem Grundsatz, wird schon etwas hängen bleiben. Euch Göllschauer beiter der SPD. rufen wir auf, erkennt Ihr, von was traurigen Verleumdungsgesellen Ihr geführt werdet? Denn er muß es doch wissen, daß diese letzte Anschuldigung unken und erlogen ist. Wie heißt es doch in jenem richtwort: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus inzip. Aber nur so weiter, Ihr braven Freunde von SPD., nur so weiter, uns kann es recht sein.

### Ein Kleinbürgerlicher Angriff auf das Proletariat.

Vor kurzem fand in Hirschberg i. Schlef. eine vom Geschäftsvorstand für Handel und Gewerbe einberufene öffentliche Protestversammlung gegen die geplanten neuen Steuern statt. Der Referent wies darauf hin, daß der Mittelstand noch nie so wirtschaftlich abhängig vom internationalen Großkapital gewesen sei wie heute. Wer da behauptete, daß er daraus das Zusammengehen des Mittelstandes mit der revolutionären Arbeiterschaft folgern würde, sei sich gewaltig. Im Gegenteil behauptete er, daß die Gefahr der den Mittelstand bedrohenden Proletarisierungstendenzen größer sei als die Gefahr von Seiten der Großindustrie. Mit dieser würde man schon zu gegebener Zeit zu einem Uebereinkommen gelangen.

Der Redner besprach hierauf eingehend die geplanten Steuern, die nach seiner Ansicht eine Erdrösselung des Mittelstandes bedeuten. Interessant war, daß der Referent nicht zu Recht die Sozialdemokraten, die seit 60 Jahren die indirekten Steuern aufgetreten sind, jetzt dessen Schuldigen konnte, daß sie als Reaktionspartei zu den wichtigsten Befürwortern der indirekten Steuern geworden sind, alle Konsumenten belasten, Angestellte, Beamte und Arbeiter.

Hier sieht man das sozialverräterische Treiben der SPD., das selbst Kleinbürgerlichen Elementen auffällt und gegen die Interessen der breiten Masse des Volkes auftrifft. Hier sieht man auch deutlich, wie die Führer der SPD. sehr oft gerade die Mittelständler künstlich aufzureiben in das Lager der schwärzesten Reaktion.

Im weiteren Verlauf seines Referats entnahm der Redner alle seine angeblichen Beweisführungen von der internationalen Konterrevolution. Nach seiner Ansicht gibt es aus dem Elend nur eine Rettung: Die Rückkehr zur preussischen Sparsamkeit. Die Erfassung der Sache kommt nicht in Frage, wichtiger sei, daß sich die Arbeiter einmal daran gewöhnen, den Forderungen der Unternehmer gegenüber hart zu werden und keine neuen Forderungen zu gewähren. Der Redner erzählte noch von den letzten großen Erfolgen seiner Organisation, auf die er die Forderungen der Minister Severing umsetzen sieht und die Berordnung gegen den Bucher wesentlich schwächt habe.

Am Schlusse seiner Ausführungen mußte der Redner eingestehen, wie das nun einmal so üblich ist, auf die bösen Wünsche schimpfen. Diesen Teil seiner Ausführungen ließ sich der Kleinbürgerliche Reaktionsär schenken können. Seine gegen Sowjetrußland ist ein Monopol der Sozialdemokratie. Das verstehen die Birnbaum und Buscher, die jetzt und die Kleinert viel besser als er.

Die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft ist es, durch ständige Agitation und grundsätzliche sozialistische Politik immer mehr ins Elend verfallenden Mittelständler für die Interessen des Proletariats zu gewinnen, die letzten es auch die Interessen des Mittelstandes sind gegenüber

### Die hungernden Kinder der hungernden Gefangenen:

„Mutter, werden wir mehr Brot haben, wenn Vater frei ist?“



WILL DONALD

### Arbeiter!

Die Mosk, Wels, Hörsing, Heine, Sebering, dieselben, die Tausende von Proletariern in Berlin, in Mitteldeutschland, in Oberschlesien, im Ruhrrevier im Auftrage der kapitalistischen Ruhe und Ordnung, im Auftrage des Geldjackets gemordet haben, dieselben, die mit Behagen trotz der frei herumlaufenden Rappverbrecher die Amnestie für die politischen Gefangenen des Proletariats als „kommunistische Mache“ abgelehnt haben, setzen ihrer Schamlosigkeit die Krone auf und wollen unseren Genossen und Genossinnen aus parteiagitorischen Gründen Bettelpfennige in die Zuchthauszellen werfen.

Kein aufrechter Revolutionär nimmt von seinem eigenen Hecker Almosen an!

Nur Hilfe auf Grund proletarischer Solidarität entehrt unsere Kämpfer nicht!

Darum ist es die heiligste Pflicht aller Genossinnen und Genossen, für die „Rote Hilfe“ zu spenden.

Sammelt für die „Rote Hilfe“, Postkassant Berlin NW 7, Nr. 109676

dem Großkapital. Aber unverantwortlich ist es, wenn eine Arbeiterpartei, wie es die SPD. sein will, durch eine Politik, die zu viel Rücksicht nimmt auf das Großkapital, den Mittelstand den Reaktionsären in die Arme treibt.

### Schutz für die Bauarbeiterschaft!

Von einem Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Sagan, erhalten wir folgende Zeilen zur Veröffentlichung: Am 21. November führte hier beim Bau der Saganer Dampfhebelei ein Stiel von ca. 11 m Höhe, 22 m Länge und 40 cm stark ein. Der

Pan wird ausgeführt von der Firma Richter, Sagan. Die Ursache ist im mangelhaften Fundament zu suchen. Dieses ist nur 60—70 cm tief und in der Weise ausgeführt, daß man erst ca. 30 cm Ziegelschnitt einfuhr und darauf 30 cm Beton stampfte. Uebergrund ist nur stellenweise vorhanden und betrug höchstens 4 cm. Zu dieser Arbeit wurden die Ziegelerbeiter verwendet. Jedoch ist die Schuld an dieser Katastrophe den Kollegen und ganz besonders dem Polier Eberhorn der Firma Richter beizumessen. Denn dieser mußte als Fachmann dagegen einstehen. Sagan wurde am Tage vor dem Einsturz wurde die Bauung der Pan

beobachtet. Seit elfen Tagen war die Mauer in der  
Flucht nach den Ecken über Nacht 4 cm von der Schnur  
entfernt. Als am Tage des Einsturzes schon ein hand-  
breiter Riß vorhanden war, ließ der Polier Eschenhorn  
noch weiter machen. Die Krümmung der Mauer wurde  
durch Vortragen derselben immer wieder ausgeglichen, ohne  
zu bedenken, daß der Druck dadurch vergrößert wurde.  
Die Kollegen brachten durch ihre Fahrlässigkeit ca. 20 Kollegen  
in Lebensgefahr. Daß keine Opfer zu beklagen sind, ist  
nur dem Umstand zu verdanken, daß der Einsturz zur  
Nachtzeit erfolgte. Die Unachtsamkeit der Kollegen ist wohl  
damit zu erklären, daß sie wöchentlich ein Trinkgeld  
von 20 Mark erhielten und sich dadurch verpflichtet  
fühlten, recht viel zu leisten. Das geht schon daraus her-  
vor, daß der Unternehmer Richter mit der Leistungsfähig-  
keit seiner Leute prahlte.

Von diesem Vorfalle wurde der nebenamtlich tätige  
Baukontrollleur, Maurerpolier Menzel, benachrichtigt. Er  
ordnete nach Besichtigung der Baustelle an, daß die Mauer  
ganz abzutragen und das Fundament von neuem in sach-  
gemäßer Weise zu errichten ist. Aber leider hat das letzte  
Wort die Baupolizei zu sprechen. Als deren Vertreter  
erschien der Stadt-Bau-Assistent Biems und erklärte, daß  
eine neue Herrichtung des Fundaments nicht notwendig ist.  
Er ließ den Ziegelshunt hervorgehen und die entstandene  
Lücke mit Beton unterstopfen. Wenn man bedenkt, daß es  
sich dort um lehmigen Boden handelt, der nur durch den  
Frost erhärtet war, so kann man sich ein Bild machen von  
der Unverantwortlichkeit dieser Anordnung.

Wie nicht anders zu erwarten, senkte sich der Grund  
durch das Lawetter wieder, und der Giebel stürzte in der  
Nacht vom 7. zum 8. Dezember nochmal zusammen, nachdem  
er fast wieder auf dieselbe Höhe gebracht war. Wieder eine  
glückliche Schicksalsjüngung, daß keine Menschenopfer zu be-  
klagen sind.

Für uns soll dieser Vorfalle ein Ansporn sein, die  
Anstellung eines hauptamtlich tätigen Bau-  
kontrollleurs aus den Kreisen der Bau-  
arbeiterschaft, nun endlich durchzusetzen. Denn nur  
durch öftere Kontrolle der Bauten können solche, das Leben  
und die Gesundheit unserer Kollegen gefährdende Misch-  
arbeiten vermieden werden. Wir wenden uns mit diesem  
Artikel an die Öffentlichkeit, mit der Bitte, unsere Forderung  
zu unterstützen, damit endlich auch in Sagan einmal den  
Schutz der Bauarbeiterschaft erforderliche Maßnahmen  
ergriffen werden.

### Eine Volksversammlung in Neustadt.

Am 8. Dezember sprach in einer von der SPD. hier  
einberufenen öffentlichen Volksversammlung Genosse Melzer  
über den kommenden Zusammenbruch.

Er legte in trefflichen Worten die Gründe dar, die zum  
Zusammenbruch führen müssen. Die entloren Konferenzen  
der Entente geben ein Bild, was vor sich geht, überall wird  
über das Fell des deutschen Arbeiters verhandelt, um aus  
dessen Knochen so viel wie möglich herauszuschlagen. Nicht  
das Kapital soll oder will zahlen, sondern der Arbeiter  
durch Mehrarbeit. Was das bedeutet, bei dem elenden  
Lohn, welches das Proletariat schon führt ist zu ersehen  
an der Mangelernährung, Schwächheitszuständen der Kinder und  
Frauen. Letztere sind besonders sehr schlimm daran. Durch  
den Krieg schon bis über die Höchstgrenze ausgebeutet; unter  
der Pein für Vaterland sind sie seelisch und körperlich zu  
Grunde gerichtet. Redner geißelte das Verhalten der SPD.,  
welche statt mit dem Proletariat zu gehen und die Einheits-  
front zu bilden, die Stinnespartei vorgezogen hat. Und  
das alles um ein paar Ministerposten. Heute wird von der  
SPD. die Hege gegen die Kommunisten so stark getrieben,  
daß die Deutschnationalen gar nicht mitkommen. In der  
Diskussion sang ein Anwesender, warum das Schicksal  
aus der Wucher nicht bekämpft wurde. Im Schlußwort  
ermahnte der Redner einig und geschlossen vorzugehen und  
sich nicht verheßen zu lassen. Erst wenn die Arbeiter-  
die Macht in der Hand hat, kann der Wucher und das  
Spekulation bekämpft werden. Die jetzige Regierung ist  
wahrlos, weil bei ihr auch alles geschoben wird und weil  
sie auf kapitalistischer Grundlage aufgezogen ist.

Die gutbesuchte Versammlung nahm einen prächtigen  
Verlauf, es herrschte eine gute Stimmung. Die SPD-  
Größen waren nicht erschienen, wahrscheinlich wollten sie sich  
eine sichere Lösung ersparen. Wir wollen weiter so arbeiten,  
denn auch in dem schwarzen Neustadt immer mehr für die  
sozialistische Idee gewonnen werden.

### Auch ein Klassengenosse!

Einen feinen Vorlesenden besaß die Alt-Lösiger SPD.  
in ihrem Genossen Pan Schulz, welcher auch gleichzeitig als  
Belehrer fungiert. Dieser Kommunistenland erblüdete sich  
nicht, öffentlich gegen die Teilnahme an einer von der SPD.  
Alt-Lösiger arrangierten Wohltätigkeits-Gelangsansführung Pro-  
jekt zu stehen. Da es für Sowjet-Rußland ginge, sollte  
alles so viel als möglich die Betätigung werden und nicht  
das Fest verschauern lassen. Er hätte auch für Sowjet-

Rußland nichts übrig. Ein feiner Klassengenosse, dieser  
SPD.-Hege, der keine internationale Solidarität kennt. Lieber  
sollen Millionen Arbeitsbrüder und Schwestern verhungern,  
als bei so einem Herrn, welcher doch auch bloß Arbeiter  
ist, Mitleid finden. Sein Solidaritätsgefühl zeigt sich auch  
darin, daß er seine Frau in die Fabrik schickt. Es wäre  
besser, wenn er sie zu Hause behielt, damit an ihrer Stelle  
eine Arbeitlose Einstellung finden könnte. Arbeiter, so sehen  
die SPD.-Volksbeglückter aus. Zeigt ihnen, daß ihr nicht  
länger gewillt seid, euch noch länger von solchen Elementen  
führen zu lassen. Zieht daraus eure Schlüsse!

### Kultur, Christentum und Kommunismus.

Am letzten Montag sprach in gut besuchter Versammlung  
in Bries der Genosse Raslowki über das Thema „Kultur,  
Christentum und Kommunismus.“

Ausgehend von der allgemeinen Hege gegen die Kommu-  
nisten, die heute genau so verfolgt werden wie es früher mit  
den Sozialdemokraten geschah, als sie noch revolutionär  
waren, untersuchte er die Frage, ob man sich mit Recht ent-  
rücken könne darüber, daß die Kommunisten die Kultur und  
das Christentum zerstören wollen.

Diese Fragestellung gab zunächst einmal dem Referenten  
Gelegenheit gründlich zu untersuchen, was die heutige Kultur  
und das heutige Christentum bedeuten. Eine vernichtende  
Kritik der „heiligsten Güter“, der Bourgeoisie, stellten seine  
auf die Zuhörer tief wirkenden Ausführungen dar.

Insbesondere der bürgerlichen Kultur die proletarische Kul-  
tur, indem er der bürgerlichen Kirche, die ebenfalls nur ein  
Instrument zur Verteidigung der sozialen Ungleichheit ge-  
worden sei, die brüderliche Gemeinschaft des Kommunismus  
entgegensetzte, fand er reichlich Gelegenheit, auch über das  
Waffenarsenal der proletarischen Klasse bei ihrem Befreiungs-  
kampfe zu sprechen.

Nicht gefühlsmäßig allein wird das Ziel erreicht werden,  
sondern die Arbeiter sollten stolz darauf sein, daß ein Karl  
Marx ihren Klassenkampf zu einer Wissenschaft erhoben hat.

Der Redner legte zum Schluß in populärer Form die  
Lehren des Marxismus, des wissenschaftlichen Kommunismus,  
auseinander. Sein Referat hat, das bewies auch der reiche  
Beifall, bei den Zuhörern viel beigetragen zur Vertiefung des  
Klassenbewußtseins und zur Erkenntnis der Wege und Ziele  
des proletarischen Befreiungskampfes.

Daher auf den Versammlungsanzeigen ausdrücklich an die  
Herrn Pastoren, Pfarrer, Professoren und sonstige bürgerliche  
„Jünger der Wissenschaft“ öffentlich eine Herausforderung zur  
Diskussion ergangen war, zog diese Intelligenz es vor, sich  
mit dem kommunistischen Redner nicht zu messen.

Es ist ja auch viel leichter, sich den Klänsel der Gelehr-  
samkeit zu bewahren für die Bourgeoisie, wenn sie dann  
hinterher auf die „kommunistischen Hege“ wie Rohrspitzen  
schimpfen.

### Aus der Partei.

#### Rußlandhilfe.

Ausstattung über gesammelte Sachen für Sowjetrußland:  
Ein Paket vom Unterbezirk Waldenburg (Fritz Franz) mit nach-  
folgendem Inhalt: 1 Frauenrock 2 Kindermäntel, 1 Kindermütze, 1 Paar  
Unterhosen, 1 Wäschebeutel, 1 Deckenjacke, 1 Anabenjücker, 1 Mädchen-  
kleid, 1 Anabenanzug und einige Knöpfe.  
An Geldern gingen ein:  
Breslau, Kasanitz 20 Mk., Güte 2060 (Hermann) 10 Mk., Sammen-  
lung am Dolmetschend 92 Mk., Breslau 32,75 Mk., Güte 44 (Betrieb  
Dreienberg) 101 Mk., Delsner, Güte, Schuler 25 Mk., Paul Koshloch  
50 Mk., Unterbezirk Waldenburg 750 Mk., Bauarbeiterverband Sagan  
500 Mk., Sammensüßen aus Sagan 190,50 Mk., Breslau 102 Mk.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Genossen und  
Genossinnen! Gedenkt der Hungernden zum  
Weihnachtsfeste!

Für uns ist Weihnachten das Fest der Arbeiter-Solidarität,  
der proletarischen „Sonnenwende“. In Sowjetrußland aber  
sterben Millionen von Kindern an Hunger und Kälte.

Arbeitermütter! Arbeiterväter!  
Ihr wißt, was Hunger und Kälte bedeuten, Ihr kennt  
den schmerzlichen Schmerz, den Eltern dulden, wenn ihre Kinder  
amfort nur Brot bitten. Kommt Ihr schlesische Proletarier  
Euren Kindern eine Weihnachtsfreude machen, solange jene  
am Hungertode zu Grunde gehen?

Arbeiter! Proletarier!  
Die Kinder des hungernden Rußlands sind Eure  
Kinder; die Arbeiter und Bauern im Wolgarebiet sind  
Eure Brüder und Schwestern! Laßt Weihnachten  
nicht vorübergehen, ohne der Hungernden im Wolgarebiet  
zu gedenken, ohne eine Weihnachtsgabe an die Hungernden  
beizulegen.

Doppelt Eure Sammelstätigkeit!  
Besammler überall Sammlungen, wo sich nur die Ge-  
legenheit dazu bietet.

Bezirks-Hilfskomitee Schlesien,  
des Komitees Arbeiterhilfe für Sowjetrußland.

Geldbeiträge sind jetzt auf Postsparkonto einzuzahlen,  
Konto Scholz, Breslau 13, Angapfstraße 123  
Postsparkonto Nr. 12977.

### Provokateure an der Arbeit.

Bei dem Komitee der „Roten Hilfe“ in Düsseldorf erschien  
ein Individuum, das sich Tillmann Diez nannte und angab, er  
hätte in Braunschweig 15 Jahre Zuchthaus zu verbüßen, er sei  
aber von dort geflüchtet, nachdem er den transportierenden Beam-  
ten beseligt, und sich dessen Kleider, Lichtbild, Marke sowie Dolch  
angeeignet habe. Die Nachforschungen der Roten Hilfe haben  
ergeben, daß der Tillmann Diez ein ganz gefährlicher Spitzel ist.  
Wir warnen alle Parteiorganisationen vor diesem Spitzel.

### Soziales.

#### Zur Erwerbslosen-Fürsorge

schreibt der Magistrat: Der Magistrat beschloß, vorbehalt-  
lich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung,  
den Erwerbslosen die vom preussischen Minister für  
Volkswohlfahrt vom 3. d. Mts. zugelassenen Höchst-  
Unterstützungssätze zu zahlen. Zu Grunde gelegt sind die  
für Ortsklasse B geltenden Beträge, da das Gesetz über  
die Versehung Breslaus in die Ortsklasse A noch der Be-  
stätigung durch den Reichstag bedarf und vor dessen Ver-  
öffentlichung eine Auszahlung der höheren Sätze unzulässig  
ist. Die Mehrleistungen betragen gegenüber den seit dem  
1. August d. Js. geltenden Unterstützungssätzen zwischen  
1,25 M. und 3 M. für männliche, 1,75 und 2,25 M.  
für die weiblichen Erwerbslosen. Die Kinderzulage ist um  
1,50 M. auf 5,50 M. erhöht. Ferner hat es sich ermög-  
lichen lassen, einem großen Teil der Erwerbslosen, vor-  
nehmlich den Verheirateten und den besonders bedürftigen  
Zulagenempfängern aus Mitteln der Arbeitgeberhilfe und  
aus Ersparnissen der Stadtverteilungsstelle eine besondere  
Gabe in Gestalt von Lebensmitteln (Mehl, Gries, Zucker,  
Schmalz und Gerstenkaffee) noch vor dem Weihnachtsfeste  
zuzuwenden.

#### Langenbielau.

##### Wird Langenbielau Stadt?

Die schon seit einem halben Jahrhundert geführten Bestre-  
bungen, für Langenbielau Einführung der Städteordnung zu  
erreichen, dürften jetzt wieder neu in Fuß gebracht werden. In  
der hier abgehaltenen Gemeindevertreterversammlung wurde an den  
Gemeindevorstand, das Ergehen gerichtet, der Erreichung dieses  
Zieler nunmehr energisch das Augenmerk zu widmen. Langen-  
bielau ist mit seinen 18000 Einwohnern eine der größten Land-  
gemeinden Schlesiens und seine stark entwickelte Textil-Industrie  
hat namentlich mit deren Aufschwung in der letzten Zeit eine  
rapide Entwicklung des Ortes zur Folge.

#### Striegau.

##### Ein neuer Landrat.

Der frühere Arbeitersekretär Daubenthaler, der das  
hiesige Landratsamt kommissorisch verwaltete, ist jetzt endgültig  
zum Landrat von Striegau ernannt worden.

#### Langwallerndorf.

##### Arbeiter-Turnverein „Frisch Vorwärts“

Sonntag, den 11. 12. fand die letzte Mitgliederversammlung  
im Gasthaus zum Storchberg statt. Zuerst wurde der Bericht  
von der Bezirkskonferenz in Waldenburg gegeben, wo über das  
Schulturnen und über das 1. Arbeiter-Turn- und Sportfest,  
das am 22.-25. Juli 1922 in Leipzig stattfand, berichtet wurde.  
Die Frage der Beitragsverhöhung sowie die Wahl eines neuen Zeug-  
wartes wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der  
Vorstand wurde ermächtigt, die dem Turnverein in Hermsdorf  
geliehenen Geräte wieder auf ein halbes Jahr zu leihen.  
Der Turnwart fordert alle Turngenossen zu einem regeren  
Turnbetrieb auf, auch sollen die inaktiven Mitglieder der mehr Interesse  
dem Verein entgegenbringen.

### Versammlungs-Kalender.

- SPD. Breslau. Samstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr,  
im Parteilokal: Sitzung aller in die Ortsleitung vorgeschlagener  
Genossen, sowie aller Gewerkschafts- und Betriebs-Fraktions-  
vorstände.
  - Distrikt 8. Freitag, den 16. Dezember: Distriktsversammlung, Robten-  
straße 26.
  - Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal:  
Referentenrat.
  - Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteilokal:  
Fraktionsabteilung der Holzarbeiter.
  - Dienstag, den 20. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Parteilokal:  
Eine Besprechung aller erwerbslosen Parteimitglieder.  
Jeder erwerbslose Genosse muß erscheinen.
  - SPD. Bismarck. Der für Sonntag, den 17. Dezember an-  
gesetzte Diskussionsabend findet schon heute, Freitag, den 16. De-  
zember, abends 5 Uhr, im „Steinernen Kreuz“ statt.
  - SPD. Falkenberg. Sonntag, den 18. Dezember, abends 6 1/2 Uhr:  
General-Versammlung im „Magna-Schacht“. Sämtliche Partei-  
genossen haben nach einem Beschluß der letzten Versammlung  
ihre Frauen mitzubringen. Referent ist anwesend.
  - SPD. Nieder-Salzbrunn. Sonntag, den 18. Dezember, Vor-  
mittags 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Fürstengrund“. Alle  
Genossen müssen erscheinen. Ebenso sind die Leiter der  
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ freundlichst eingeladen.
- Verantwortl. Redakt.: Erich G e n t s c h; Inserate: Max B i c h o c h e r.  
Verlag: Proletariergenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.  
Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

<b>Liebig-Theater</b> Täglich 7 1/2 Uhr: Das große <b>Dezember-</b> <b>Programm</b> • Strickwolle • K. Langer, Telephon 807 202.	<b>Anzüge</b> Schlüpfer in noch ganz schöner Auswahl und billigen Preisen, da Schlussverkauf. Wm. H. Schuberl A. Rastner 43 Zelle für alle <b>Altmetalle</b> Otto, Kilmstraße 1.	<b>Neues erschienen!</b> <b>Zum Jahrestag der proletarischen</b> <b>Revolution in Rußland.</b> Preis 2 Mk. Erschienen bei: <b>Kommunistische Bucherei</b> Breslau 5, G. Köhler-Str. 45. <b>Parteilgenossen</b> bedenken ihren größten Bedarf an kommunistischer Literatur, Jugend- schriften, Unterhaltungsblätter usw. in der <b>Kommunistischen Bucherei, Breslau, G. Köhler-Str. 45.</b>	<b>Die billigsten</b> Raglans • Hazilge • Foppen bekommen Sie direkt aus der Werkstatt, nach so- lange der Vorrat reicht bei <b>Herrn-Bekleidungshaus</b> Ministralk 11, am Ringplatz H. Partotzke.	<b>SPD. Ortsgruppe Dittersbach.</b> Sonntag, den 18. Dezember, vormittags 8 1/2 Uhr: <b>Unterordenliche Generalversammlung</b> im Besprechungsraum, Gasthof „Friedenshoffnung“. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirks-Anschlußsitzung 2. Geschäfts- und Klassenbericht 3. Neuwahl der Ortsgruppenleitung. 4. Anträge und Beschlüsse. Es wird erwartet, daß ohne Ausnahme jede Genossin und jeder Genosse erscheint. <b>Die Ortsgruppenleitung.</b> Hierzu eine Beilage.
---	---	---	--	--

# „Der freie Landmann“

Für die Landarbeiter und Kleinbauern.

## Um was sollen die Landarbeiter kämpfen?

Die Junker in ganz Deutschland bereiten sich auf große Kämpfe mit den Landarbeitern im kommenden Frühjahr vor. Die Unternehmer wollen den Deutschen Landarbeiterverband ausschalten. Der Zentralverband der Landarbeiter, eine Organisation, die im Reichstage in dem Deutschen Nationalen Abgeordneten Meyer-Vielefeld seinen berufenen Vertreter hat, ist eine gelbe Organisation, um die Großagrarier in die Lage zu setzen, ihren Geldbeutel noch mehr zu füllen, indem sie die Löhne der Landproletarier herabsetzen wollen. Dieselben Junker, die schon an den Wucherpreisen für ihre Produkte unendliche Gewinne einstecken.

Man will nun den D. L. B. aus der Arbeitsgemeinschaft herausdrängen, um nur mit dem Zentralverband zu verhandeln und Tarife abzuschließen.

Die Landarbeiter müssen gegen die Absichten der Junker, ihre wirtschaftliche Lage zu verschlechtern, alle ihre Kraft in die Waagschale werfen. Sie müssen der Absicht der Junker, Lohnverschlechterungen durchzuführen, den Kampf um ihre Existenz entgegenstellen.

Auf keinen Fall darf es dazu kommen, daß der Kampf sich abspielt, um in der „Arbeitsgemeinschaft“, die zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation besteht, wie der aufgenommen zu werden, wie es im Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes in der Nr. 22 vom 16. November zu Ausdruck kommt.

Hier werden die Landproletarier ein wachsendes Auge haben müssen, um nicht für ein Ziel zu kämpfen, das keines ist, die Arbeitsgemeinschaften, die von den Unternehmern nach dem 9. November gefördert wurden, um die Interessen derselben durchzusetzen, haben für die Arbeiter keinen Wert. — Die Arbeiter werden nur im Kampfe um ihre Existenz Erfolg erringen.

Die Junker wollen jetzt, nachdem sie durch die Arbeitsgemeinschaften stark geworden sind, die freie Gewerkschaft, den D. L. B., los werden. Sie haben sich einen willigen Trabanten im Zentralverband der Landarbeiter geschaffen und versuchen mit diesem die Rechte der Arbeiter zu beseitigen. Landarbeiter! Seid auf der Wacht! Fordert von Euren Führern, daß sie Euch über die Lage Eurer Bewegung klaren Wein einschenken. Verhindert, daß die kommenden Kämpfe zur Stärkung der Arbeitsgemeinschaften werden!

Der Kampf der Landarbeiter wird in ganz Deutschland geführt werden, darum ist es jetzt schon nötig, diese Kämpfe über ganz Deutschland zu organisieren, sie zusammenzufassen, damit nicht die kämpfenden Landarbeiter unterliegen.

Hier in Schlesien, einer der Hochburgen der Großagrarier, muß begonnen werden mit der Vorbereitung gegen die Absichten der Junker.

Der deutsche Landarbeiterverband hat hier eine große Aufgabe zu erfüllen. Die Landarbeiter müssen darum ihren Führern auf die Finger sehen. In allen Kreis- und Gaufunktionen muß die Tagesordnung lauten: Wie lassen wir die Kämpfe der Landarbeiter zum kommenden Frühjahr zusammen?

Aber auch die nicht dem Verbande angehörigen Landarbeiter werden sich an den Kämpfen beteiligen müssen, um nicht bei Wucher und Teuerung zu verhungern.

Die Industriearbeiter müssen die Landarbeiter unterstützen, dann werden die Reimten der Proletarier, die die Lebensmittel schaffen, die aber selbst hungern, frieren und in öden Höhlen hausen, den Sieg davontragen.

## Landarbeitertarif.

Zu dem bestehenden Landarbeitertarif für die Kreishauptmannschaft Dresden wurde von dem Demobilisierungskommissar am 22. November 1921 nachfolgender Vergleich geschlossen:

In der Streitigkeit des Zentralverbandes der Landarbeiter und des Deutschen Landarbeiterverbandes gegen die landwirtschaftlichen Berufsvereine der Kreishauptmannschaft Dresden haben die Parteien vor dem Unterzeichneten folgenden Vergleich geschlossen:

1. Die Herren Arbeitgeber verpflichten sich, das Selbstversorgetreide auch an Familienangehörige der im Betrieb beschäftigten Haushaltungsvorstände, und zwar für nicht arbeitende Frauen und Kinder von 3 bis 14 Jahren 288 Pfund für das Jahr — das ist für den Monat 24 Pfund — zu Preise von 70 Mk. abzugeben, für Kinder unter 3 Jahren die Hälfte.
  2. Männliche Arbeiter erhalten einen Teuerungszuschlag von 75 Pfennigen die Stunde, Arbeiterinnen einen solchen von 45 Pfennigen die Stunde und Witwen, die Kinder unter 14 Jahren zu ernähren haben, 50 Pfennige die Stunde.
  3. Monatslöhner im Alter bis zu 17 Jahren erhalten einen Teuerungszuschlag von 60 Mk., im Alter über 17 Jahren einen solchen von 65 Mk.
- Dieser Vergleich gilt vom 1. November 1921 an.

Die Herren Arbeitnehmer ziehen ihre Anträge auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses vom 5. November 1921 zurück.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben:  
 gez. von Heggendorf, Geh. Reg. Rat.  
 gez. Otto Kühne, Del.-Rat. gez. Hartmann, Del.-Rat.  
 g. z. Karl Lauter. gez. G. Hartmann.

Diese Regelung entspricht lange nicht der rapid zunehmenden Teuerung, den enorm steigenden Preisen für alle notwendigen Haushaltungsgegenstände, Kleider, Schuhe, Rationalwaren usw.

Die Landarbeiter werden, wie das Industrieproletariat, ausreichende Löhne nur in zähen, einmütigen Kämpfen sich erobern!

## Armelige Tröpfe.

A. K. — Wie dumm verlogen die Christlichen auf Bauernfang auszugehen gezwungen sind, ist ersichtlich aus einem Artikel des christlichen „Völkischen Bauernblattes“ des Herrn Dr. Heim. Es heißt dort unter anderem:

„Dieser sozialistische Angriffsplan auf die Landwirtschaft, der im roten Hauptquartier beschlossen wurde, wird auch für den letzten Bauern deutlich werden, wenn er hört, was auf dem kommunistischen Parteitag in Jena für Löhne angeschlagen wurden. Hier wurde geschrien:

„Das deutsche Proletariat muß jetzt ums Ganze kämpfen! und grausam und gründlich soll der Kampf gegen das Bürgertum werden. Vernichtet alle Organisationen, die das Privateigentum erhalten.“

Da die Kommunistische Partei auf dem Parteitag am 5. Dezember 1920 erneut ihre Stellung zur Landwirtschaft in einem Agrarprogramm festgelegt hat und in dessen Sinn ihre Tätigkeit entwickelte und auch heute mit aller Energie vertritt, so war auf dem Parteitage in Jena absolut kein Anlaß, als „Angriffsplan auf die Landwirtschaft“ mit solchen Löhnen um sich zu werfen.

Dem Dr. H., der für obiges Zeug als Produzent sich präsentiert, wollen wir einige Stellen aus unserem Agrarprogramm vorlesen:

„Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land (also auch Pachtland, d. R.) zur freien Verfügung überwiesen. . . . Die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereine der Klein- und Zwergbauern werden bei der Lieferung von industriellen Erzeugnissen gegenüber Mittel- und Großbauern besonders bevorzugt.“

Wir erlauben uns, den famosen Herrn Doktor der bayerischen christlichen Bauernvereine in anbetrachter ihrer Unverbesserlichkeit folgende Worte Goethe's ins Stammbuch zu schreiben:

„Da steh' ich nun, ich armer Tor!  
 Und bin so klug, als wie zuvor,  
 Heiße Magister, heiße Doktor gar,  
 Und ziehe schon an die zehnte Jahr,  
 Herauf, herab, und quer und krumm  
 Meine Schüler an der Nase herum.“

## Achtung Kleinbauern! Bauernfänger am Werk!

A. K. Die den Großagrarern nahestehenden Zeitungen veröffentlichten in den letzten Tagen eine Erklärung von „Kleinbauern“, die dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat angehören. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Wir unterzeichneten Landeute und Besitzer kleinbäuerlicher Betriebe sind Vertreter derselben im Vorl. Reichswirtschaftsrat. Wir haben in den Ausschüßsitzungen des Vorl. Reichswirtschaftsrats wiederholt Gelegenheit gehabt, uns zu überzeugen, in welcher Gefahr der Landbesitz ist. Besonders hatten wir Gelegenheit Einblick zu erhalten in die Bestrebungen der sozialistischen Parteien, allen ländlichen und städtischen Besitz zu enteignen. Dies wird bewiesen durch die von ihnen gestellten Anträge. Die Enteignung soll nicht etwa nur die größeren Besitzer treffen, sondern uneingeschränkt sämtliche Eigentümer bis zum kleinsten. So steht die Erfüllung der Versprechungen an, dem Bauer zu helfen, die um Stimmen zu fangen, von der Sozialdemokratie gegeben wurden. Wir Bauern sollen herunter von unserer Scholle, die unsere Väter durch sauren Schweiß geschaffen und erhalten haben und die auch wir wieder unseren Kindern u. d. d. m. vererben wollen; wir sollen Pächter werden, abhängig von der Günstigkeit landfremder Einkäufer, wenn möglich abhängig von landfremden Eindringlingen wie Lenin und Trotzki, die die russischen Bauern in Elend, Not und Tod gebracht haben.“

Dagegen hilft nur der festeste Zusammenschluß unseres Standes. Wir haben uns wahrlich schon oft genug davon überzeugen können, daß es Unterschiede innerhalb unseres

Standes, ganz gleich, ob klein oder groß, nicht gibt. Solche Unterschiede werden lediglich durch Entstellungen und herausgegriffene Einzelheiten künstlich in unsere Reihen hineingetragen, um den Klassenkampf innerhalb unseres Standes zu schüren. Leider beteiligen sich an dieser zerstörerischen auch landwirtschaftliche Verbände, uns zum Unglück, den Gegnern zur Erleichterung und Förderung ihres Werkes. Die Landwirte selbst sollten die unfaulere Arbeit der betreffenden Verbände unterbinden.

Die Gefahren, die uns bevorstehen, sind größer und liegen näher, als es die meisten ahnen. Nichts darf uns daher trennen in den schweren Zeiten, die uns bevorstehen. Berufskollegen! Es geht ums Ganze! Um Haus und Herd! Gegen die Erhaltung des Eigentums wird von vielen Seiten Sturm gelaufen. Wir aber wollen bleiben, was unsere Väter waren: freie Bauern auf freier Scholle.“

gez. Trübenbach, H. Weinberg, H. Kersten,  
 Reinisch, Mannheim, Schermonek, Reuter,  
 Freyberger.

Leider hat nicht auch Freiherr von Nichteusen unterschrieben, denn er ist ja im Reichswirtschaftsrat „Vertreter der schlesischen Kleinbauern“, obwohl er vor diesen nicht dazu bestimmt ist. Ohne daß sein Name darunter steht, steht doch sein Geist unzweideutig darin. Rein Wunder, daß der Schlesische Landbund, dessen Vorsitzender Nichteusen ist, diese Erklärung unter folgender Einleitung versendet:

An alle Herren Ortsvertrauensmänner bzw. Ortsgruppenführer! Die Vertreter des kleinbäuerlichen Besitzes im Reichswirtschaftsrat haben untenstehende Erklärung abgegeben gegen alle Enteignungspläne des ländlichen Besitzes.

Wir bitten die Herren Vertrauensmänner der Ortsgruppen umstehende Erklärung von allen bäuerlichen Besitzern bis zu 400 Morgen unterschreiben zu lassen, diese unterschriebene Erklärung sobald als möglich an die Geschäftsstelle Ihres Kreiswirtschaftsverbandes bzw. Kreislandbundes zurückzusenden. Schlesischer Landbund“

Es wäre interessant, wenn die „Kleinbauern“ aus dem Reichswirtschaftsrat zugleich angeben würden, ob sie Kleinbauern von 400 Morgen sind. Doch ändert dies an dem Betrug ihrer Erklärung nichts. Es ist ein glatter Schwindel, daß die sozialistischen Parteien die Enteignung des Kleingrundbesitzes fördern. Wir Kommunisten betonen immer wieder, daß dem Klein-Mittelbauer nicht nur sein Besitz erhalten bleiben soll, sondern daß Kleinbetriebe vom Staate unterstützt werden müssen, sei es durch Düngemittel, Maschinen, Futtermittel, sei es durch Landzuteilung auf die Größe selbständiger Ackerbauern.

Die Kulissen, hinter denen die Landbündler spielen, werden von den Kleinbauern, trotz allem Schwindel von „landfremden Eindringlingen wie Lenin und Trotzki“ beiseite geschoben werden. Dem „Schlesischen Kleinbauernbund“ schrieb ein Kleingrundbesitzer auf obige Erklärung:

„In Preußen sind bisher die Bauern nur von den Großgrundbesitzern enteignet worden. (Sehr richtig! Denkt an das große Bauernlegen des 15. bis 19. Jahrhunderts. D. R.) Wer hat denn die Enteignungsgesetze gegen die Polen gemacht und verteidigt? Lenin und Trotzki haben bei uns nichts zu suchen, aber sie haben den russischen Bauern das Land zu Eigentum überlassen. Landbund, du bist durchschaut.“

Wir wissen, daß die Kleinbauern noch keine Kommunisten sind in ihrer großen Masse, aber die Landbundmandate, mitiamt ihrem Kulissenschieber haben sie durchschaut. Wir wollen nicht versäumen, den Landbundschwindel, der in dieser Erklärung zum Ausdruck kommt, den Kleinbauern klar und deutlich vor Augen zu führen. Die Großgrundbesitzer wollen mit Hilfe der Kleinbauern sich nur die von den sozialistischen Parteien geforderte Heranziehung des Großgrundbesitzes und der Industriearbeiternehmer zur Aufbringung der durch sie verursachten Reichsschulden drücken. Dagegen wollen sie die Steuern auf die Arbeiter in Stadt und Land und die Kleinbauern abwägen.

Die Kleingrundbesitzer können diese Gefahr nur abwenden, wenn sie kämpfen an der Seite der Arbeiter dafür, daß der Großgrundbesitz und die Industriearbeiternehmer zur Zahlung herangezogen werden. Das ist der Kern des Wortes: Erfassung der Sachwerte. Die Frage steht eindeutig so: Entweder: Enteignung des Kleingrundbesitzes, weitere Verelendung des arbeitenden Volkes durch den Steuerraub der Junker und Großgrundbesitzer und Industriearbeiternehmer, oder: Heranziehung des Großgrundbesitzes, der Industriearbeiternehmer zur Aufbringung der Steuerlasten, gezwungen durch die Macht der Arbeiter und Arbeitsbauern, deren Kampftruf ist: Erfassung der Sachwerte. Kleinbauer entsetze Dich. Willst Du Deine Enteignung, geh' hin zum Landbund. Willst Du, daß der Besitz der Boden- und Industriearbeiter herangezogen wird, dann trete an die Seite der Arbeiter!

# Landarbeiter! Rüstet bei Zeiten zum Kampf im nächsten Frühjahr!

